



Umweltinstitut  
München e.V.

Bewegt Politik  
**campact!**

München/Verden, den 19. Dezember 2017

Offener Brief an die Bundestagsfraktionen von SPD, Linkspartei und Bündnis 90/Die Grünen

## **Jetzt einen Glyphosat-Untersuchungsausschuss einrichten!**

**Sehr geehrte Frau Göring-Eckardt, sehr geehrte Frau Nahles, sehr geehrte Frau Wagenknecht, sehr geehrter Herr Bartsch, sehr geehrter Herr Dr. Hofreiter,**

seit vergangener Woche ist Glyphosat in der EU für fünf Jahre zugelassen. Wir begrüßen, dass Ihre Fraktionen sich jetzt für einen nationalen Glyphosat-Ausstieg einsetzen. Doch damit ist es nicht getan. Bei der Glyphosat-Zulassung kam es zu schwerwiegenden Rechtsverstößen und Regelbrüchen, insbesondere durch das Bundesamt für Risikobewertung. Diese müssen dringend aufgeklärt werden, denn sie könnten sich sonst bei zukünftigen Zulassungsverfahren für Pestizidwirkstoffe wiederholen. Wir fordern Sie daher auf, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu den folgenden Vorgängen einzurichten.

### **1. Copy & Paste-Skandal beim Bundesinstitut für Risikobewertung**

Das Bundesinstitut für Risikobewertung hat im Rahmen des Glyphosat-Zulassungsverfahrens den Renewal Assessment Report (RAR) erstellt. Die Bewertung der Europäischen Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA und der Europäischen Chemikalienagentur ECHA beruhen primär auf der Arbeit des BfR. Bei der Erstellung des RAR hat das BfR in erschreckendem Ausmaß aus dem Antrag der Glyphosate Task Force, dem Zusammenschluss der Glyphosat-Hersteller rund um Monsanto, abgeschrieben. Der Europäischen Pestizidverordnung zufolge ist das BfR verpflichtet eine "unabhängige, objektive und transparente Bewertung" des Wirkstoffs vorzunehmen. Diesen Auftrag hat das BfR nicht erfüllt. Der Plagiatsgutachter Dr. Stefan Weber von der Universität Salzburg schreibt dazu in seinem Gutachten:

„Über zahlreiche Seiten hinweg wurden Textpassagen praktisch wörtlich übernommen. Die systematische Unterlassung von Quellenangaben und das gezielte Entfernen von Hinweisen auf die tatsächlichen Verfasser der Texte lässt sich nur als bewusste Verschleierung ihrer Herkunft deuten. Es ist offensichtlich, dass das BfR keine eigenständige Bewertung der zitierten Studien vorgenommen hat.“

Die Textpassagen, auf die Weber sich bezieht sind von größter Bedeutung, denn sie betreffen die Bewertung unabhängiger Studien zur Krebsgefahr durch Glyphosat. Das BfR nahm sehr eindeutig keine eigenständige Bewertung der Krebsstudien vor, sondern verließ sich hier vollständig auf die Bewertung der Herstellerfirmen. Damit bricht es seine Verpflichtungen aus dem europäischen Recht. Zugleich deckt das Gutachten womöglich nur die Spitze des Eisbergs auf. Denn der Plagiatsgutachter konnte bisher nur einen Teil des rund 4000 Seiten umfassenden RAR überprüfen. In einem Untersuchungsausschuss muss daher der gesamte Bericht des BfR einer Prüfung unterzogen werden.

### **2. Systematische Unterschlagung von Hinweisen auf Krebs durch Glyphosat**

Es besteht zudem der dringende Verdacht, dass das BfR in seinem Bewertungsbericht Hinweise auf eine krebserzeugende Wirkung von Glyphosat systematisch unterschlagen hat. So hat das BfR zahlreiche Studien als "not reliable" klassifiziert, die Glyphosat als krebserregend einstufen. Zu diesen nicht berücksichtigten Studien zählen epidemiologische Studien an Menschen sowie Studien an Tieren und Zellkulturen. Rund 100 international anerkannte Wissenschaftler/innen schrieben dazu bereits im November 2015 an

Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis:

"We believe that the arguments promoted by the BfR to negate the human, animal and mechanistic evidence are fundamentally and scientifically flawed and should be rejected. We strongly object to the almost non-existent weight given to studies from the literature by the BfR and the strong reliance on non-publicly available data."

Die Einstufung von praktisch allen unabhängigen Studien, die z.B. von Universitäten durchgeführt wurden, als unzuverlässig, ist wissenschaftlich nicht haltbar. Es besteht der Verdacht, dass die Bewertung von Glyphosat durch die deutschen und europäischen Behörden als unbedenklich sachlich falsch ist. Dieser Verdacht muss dringend aufgeklärt werden.

### 3. Missachtung des Vetos von Umweltministerin Barbara Hendricks

Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) hat bei der Abstimmung im EU-Vermittlungsausschuss mit Ja gestimmt und damit ein ausdrückliches Veto von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) sowie die Geschäftsordnung der Bundesregierung missachtet. Dieser Regelbruch wurde nach Medienberichten bereits seit Monaten in seinem Ministerium vorbereitet und von CSU-Parteichef Horst Seehofer vorab gebilligt. Die genauen Umstände dieses ungeheuerlichen Vorgangs sollten ebenfalls in dem von uns geforderten Untersuchungsausschuss aufgeklärt werden.

Wir bitten Sie daher, mit den Stimmen von SPD, Linkspartei und Grünen die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses im Deutschen Bundestag zu beantragen, um die Vorgänge rund um die Erneuerung der Genehmigung von Glyphosat politisch und fachlich aufzuklären. In den beigefügten Ordnern finden Sie umfangreiches Beweismaterial zu den aufgeführten Vorwürfen.

Die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses ist insbesondere deshalb notwendig, weil es für die Aufklärung des Verhaltens des BfR keinen anderen Ort gibt. Es ist offensichtlich, dass das BfR bei der Erstellung des Bewertungsberichts europäisches Recht gebrochen hat. Vom Dienstherrn des BfR, Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt, ist keine Initiative zu erwarten. Der verwaltungsrechtliche Klageweg wiederum stünde nur Mitgliedstaaten der EU, der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament als Ganzes und den Antragstellern, also den Glyphosat-Herstellern, offen. Es ist absehbar, dass keine dieser Institutionen das Verfahren anfechten wird. Auch die Mitgliedstaaten, die gegen die Genehmigung gestimmt haben, werden sich zurückhalten, gerichtlich gegen eine deutsche Behörde vorzugehen.

Für das Funktionieren zukünftiger Zulassungsverfahren für Chemikalien und vieler anderer Verfahren in der Union ist es jedoch entscheidend, dass die Behörden der Mitgliedstaaten ihre Aufträge korrekt erfüllen. Es ist daher unsere Aufgabe in Deutschland, das Fehlverhalten des Bundesinstituts für Risikobewertung aufzuklären und Konsequenzen zu ziehen. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss ist der richtige Ort für eine unabhängige Beweisaufnahme.

In den vergangenen beiden Wochen haben mehr als 478.000 Menschen unseren Appell unterschrieben und sich unserer Forderung nach einem Untersuchungsausschuss zu Glyphosat angeschlossen.

Wir würden uns freuen, von Ihnen zu hören und stehen für weiteren Austausch gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,



Christoph Bautz  
Geschäftsführender Vorstand  
Campact e.V.



Fabian Holzheid  
Vorstand  
Umweltinstitut München e.V.

## Anhang:

### **Ordner 1**

Weber, Dr. Stefan (2017): [Gutachten zur Einhaltung der Regeln guter wissenschaftlicher Praxis in den Unterkapiteln „B.6.4.8 Published data \(released since 2000\)“, „B.6.5.3 Published data on carcinogenicity \(released since 2000\)“ und „B.6.6.12 Published data \(released since 2000\)“ des Reports „Final addendum to the Renewal Assessment Report. Risk assessment \[...\] for the active substance GLYPHOSATE \[...\]“, Oktober 2015, 4322 Seiten.](#)

Greiser, Eberhard (2016): [Gutachten zu epidemiologischen Studien zum möglichen Zusammenhang zwischen der Exposition mit Glyphosat-haltigen Herbiziden und Non-Hodgkin-Lymphomen bzw. Störungen der menschlichen Fortpflanzung im Zusammenhang mit Bewertungen des Bundesinstituts für Risikobewertung der Bundesrepublik Deutschland und der European Food Safety Authority.](#)

Clausing, Dr. Peter (2016): [Analyse zur Darstellung und Bewertung von fünf Krebsstudien an Mäusen im Rahmen des Wiedergenehmigungsverfahrens des Wirkstoffs Glyphosat.](#)

Portier, Christopher et al. (2015): [Open Letter, Review of the Carcinogenicity of Glyphosate by EFSA and BfR](#)

Portier, Christopher (2017): [Open letter: Review of the Carcinogenicity of Glyphosate by ECHA, EFSA and BfR](#)

Clausing, Dr. Peter (2015): [The Glyphosate Renewal Assessment Report, An Analysis of Gaps and Deficiencies.](#)

Global2000/Umweltinstitut München (2016): [Die Sache mit der Maus. Belege für eine systematische Falschauslegung von Krebsstudien an Mäusen im Wiedezulassungsverfahren für Glyphosat.](#)

### **Ordner 2**

Auszüge aus dem Zulassungsantrag der Glyphosate Task Force aus dem Mai 2012

Das Kapitel zu reproduktionstoxischer Wirkung, [Seiten 733-843.](#)

Das Kapitel zu krebserzeugender Wirkung, [Seiten 847 bis 885.](#)

Das Kapitel zu DNA-schädigender Wirkung, [Seiten 886 bis 966.](#)

### **Ordner 3**

Auszüge aus dem Bewertungsbericht des BfR

Kapitel B.6.4.8 zu veröffentlichten Studien über DANN-schädigende Wirkung, [Seiten 397 bis 442.](#)

Kapitel B.6.5.3 zu veröffentlichten Studien über krebserzeugende Wirkung, [Seiten 528 bis 551.](#)

Kapitel B.6.6.12 zu veröffentlichten Studien über reproduktionstoxische Wirkung, [Seiten 669 bis 704.](#)

Die rot unterlegten Textteile in Anhang II und Anhang III wurden wortgleich aus dem Zulassungsantrag in den Bewertungsbericht übernommen. So entspricht zum Beispiel die Beurteilung einer Studie von zwei schwedischen Wissenschaftlern aus dem Jahr 1999 mit zusätzlichen Kommentaren auf Seite 535 des Bewertungsberichts des BfR der Bewertung durch Monsanto auf Seite 854 des Zulassungsantrags der Glyphosate Task Force. Es handelt sich dabei um ein Urteil über die Studie, die Prof. Eberhard Greiser in seiner Analyse als fehlerhaft entlarvt.

Burtscher, Dr. Helmut (2017): Die Akte Glyphosat - Wie Konzerne die Schwächen des Systems nutzen und damit unsere Gesundheit gefährden